



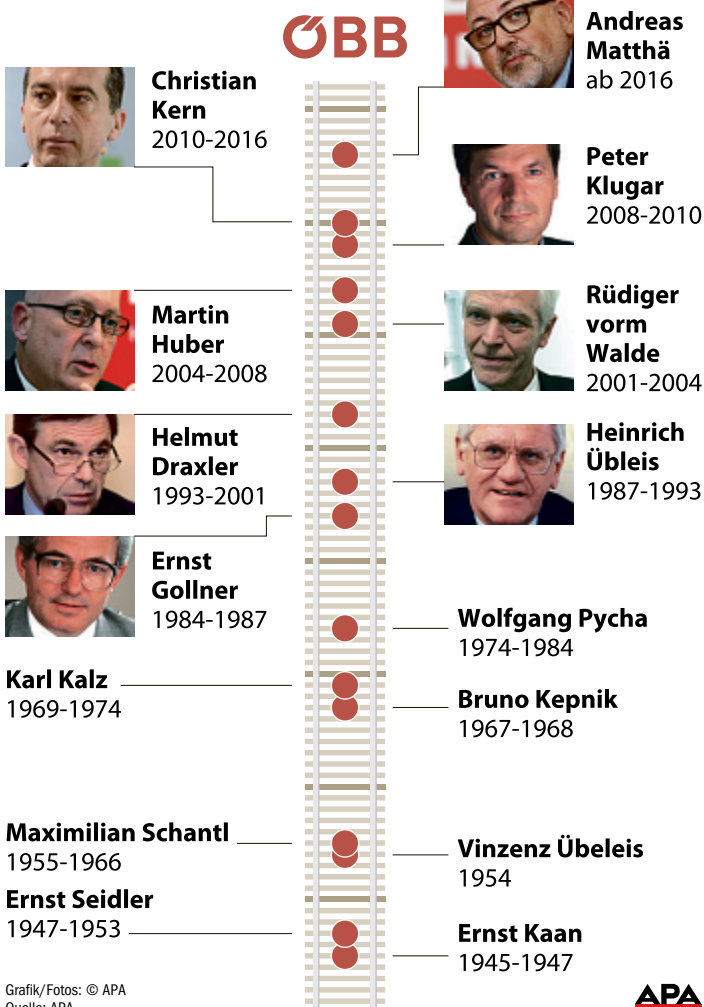
Die ÖBB haben eine positive Imagekorrektur geschafft, die ÖVP begrüßt deren neuen Chef aber mit einem Forderungskatalog.

Foto: ÖBB

Matthä neuer ÖBB-Chef, Forderung nach Teilverkauf

Andreas Matthä wurde zum Nachfolger von Christian Kern als Chef der Staatsbahn gekürt. Die ÖVP fordert Reformen vom neuen ÖBB-Chef.

ÖBB-Chefs seit 1945



Wien – Der Aufsichtsrat der ÖBB-Holding hat gestern wie erwartet den interimistischen ÖBB-Vorstandsvorsitzenden Andreas Matthä (53) zum neuen Bahnchef bestellt. Er folgt auf Christian Kern, der Bundeskanzler und SPÖ-Chef geworden ist. Gemeinsam mit Finanzvorstand Josef Halbmayr wird Matthä die Geschäfte der ÖBB-Holding AG ab sofort leiten, teilten die ÖBB mit. Er hat einen Fünfjahresvertrag.

Der gelernte Techniker ist seit über drei Jahrzehnten für die ÖBB tätig und hatte seit dem Jahr 2008 verschiedene Vorstandsfunktionen mit den Schwerpunkten Finanzen, Strategie und Anlagenmanagement in der ÖBB-Infrastruktur AG inne. Der Vorstandsjob von Matthä in der ÖBB-Infrastruktur soll laut ÖBB in Kürze ausgeschrieben werden.

Intern sollen sich nicht nur ÖBB-Aufsichtsratschefin Brigitte Ederer, sondern auch Konzernbetriebsratschef Roman Hebenstreit für Matthä bzw. eine hausinterne Lösung starkgemacht haben. „Andreas Matthä verfügt über langjährige Erfahrung im Unternehmen und ausgezeichnete fachliche Kompetenz“,

so Ederer gestern in einer Aussendung. Unter seiner Leitung hätten die ÖBB große Modernisierungsprojekte im vorgegebenen Zeit- und Budgetrahmen erfolgreich umsetzen können.

Bereits kurze Zeit nach seiner Bestellung hat ÖVP-Verkehrssprecher Andreas Ottenschläger Matthä fünf Forderungen zukommen lassen. So pocht die ÖVP weiterhin auf eine Teilprivatisierung der Gütersparte Rail Cargo der ÖBB. Ein Teilverkauf der Staatsbahn wird aber vom Regierungspartner SPÖ bisher immer abgelehnt. Ottenschläger fordert heute unter anderem, dass der Einstieg in den Fernbusmarkt überdacht wird, das Dienst- und Pensionsrecht reformiert und weniger Inserate geschaltet werden.

Verkehrsminister Jörg Leichtfried (SPÖ) gratulierte Matthä zum neuen Job: „Matthä verfügt über langjährige Erfahrung in den verschiedensten Bereichen der ÖBB.“

Die ÖBB befördern laut eigenen Angaben jährlich 459 Millionen Fahrgäste und 111,1 Millionen Tonnen Güter. Matthä ist nun Chef von 40.031 Mitarbeitern. (APA, TT)

Erntehelfer: ÖGB spricht von Skandal

Bauernkammer verweist nach dem Steuerhinterziehungsverdacht gegen einen Gemüsebauern auf Gerichte. ÖGB über die Causa schockiert.

Von Max Strozzi

Innsbruck – Der neue Verdachtsfall rund um illegale Entlohnungspraktiken von Erntehelfern und den Verdacht der Abgabenhinterziehung wirft erneut ein Schlaglicht auf die Gemüsebauern. Wie berichtet, wird ein Bauer im Großraum Innsbruck der organisierten Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung in Millionenhöhe verdächtigt. Er soll mittels „schwarz“ geführter Erntehelfer-Listen über Jahre hinweg die Finanz um mehrere Millionen Euro geprellt haben. Die Finanzpolizei bestätigte auf TT-Nachfrage mehrere Hausdurchsuchungen bei dem Betrieb, wobei sich der Verdacht erhärtet habe.

Auch bei der Gewerkschaft gehen die Emotionen hoch. „Wir sind sehr schockiert, dass es eine solche Dimension angenommen hat“, sagte ProGe-Sekretär Bernhard Höfler. Nach den Skandalen der vergangenen Jahre habe die Gewerkschaft mit Landwirten konstruktive Gespräche geführt, wie mit den Kollektivvertragsregelungen umzugehen sei. „Dieser neue Skandal zerstört das konstruktive Gesprächsklima und wirft uns auf den Start zurück“, kritisiert Höfler. Ein Verdacht gegen den betroffenen Gemüsebauern habe auch bei der Gewerkschaft länger bestanden, sagt Höfler. „Wir hatten bisher al-

lerdings keine konkreten Anhaltspunkte oder Beweise.“ Als Konsequenz dieser Causa will die Gewerkschaft künftig sofort Strafanzeige stellen, sollte sie von weiteren Verdachtsfällen erfahren.

Unterdessen wurden nach TT-Recherchen weitere Details zu dem Fall bekannt. So sollen die Erntehelfer bei dem verdächtigten Bauern teils bis zu 350 Stunden im Monat gearbeitet und zum Teil weder Überstundenzuschläge noch Sonntagszuschläge erhalten haben. Auch eine Lohnfortzahlung bei Krankenständen oder Urlauben sei eingestellt worden.

Auch in der Landwirtschaftskammer geht es hinter den Kulissen rund. Wenngleich Josef Schirmer, Obmann der Landwirtschaftskammer Tirol, gestern Nachmittag gegenüber der TT sagte, er habe über den Verdachtsfall samt Razzien noch nichts mitbekommen. „Solche Vorfälle schaden der gesamten Landwirtschaft. Wir haben aber Gerichte, die werden alles abklären“, so Schirmer. Jeder habe sich an den Kollektivvertrag zu halten, betont er. Auch Tirols Bauernkammerpräsident Josef Hechenberger verweist auf Kollektivverträge: „Ich appelliere, die gesetzlichen Standards einzuhalten. Wobei ich überzeugt bin, dass es ganz viele Betriebe richtig machen.“ Der Rest sei Sache der Gerichte.



Getreidepreise bleiben niedrig

Die Zeiten hoher Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse seien voraussichtlich vorbei, da sich die Zunahme der Weltbevölkerung verlangsamt, während sich das Einkommenswachstum in den Schwellenländern abschwäche, heißt es im Ausblick für die Landwirtschaft der Ernährungsorganisation der UNO (FAO) und der Industriestaaten-Organisation OECD. (Foto: Panthermedia)

„Zinsen sind Schuldenfalle für Österreich“

Wien – Die aktuelle Niedrigzinspolitik der EZB verführt viele Länder dazu, hohe Schulden anzuhäufen – „aber es ist natürlich eine Falle: Steigen die Zinsen jemals wieder an, werden Österreich und viele andere Länder schwere

finanzielle Probleme bekommen“, warnt der Ökonom Michael Christl vom Thinktank Agenda Austria.

„Die Politik der EZB hat dazu geführt, dass trotz steigender Schulden die Republik seit 2009 jedes einzelne Jahr

bis zu eine Milliarde Euro weniger Geld für Zinsen ausgegeben hat, als damals nötig war“, sagte Christl.

Das sei der Grund, warum Politiker die Niedrigzinspolitik verteidigen würden: Mit dem billigen Geld könne man

weiter Schulden machen, das sei einfacher, als die Ausgaben zu senken. „Der Finanzminister sollte endlich diesen Spielraum nützen und die Ausgaben dämpfen. Noch dazu, wo gleichzeitig die Einnahmen beständig steigen.“ (APA)

Kurzmeldungen

„CETA muss in Parlamente“

Wien – Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) hat in einem Brief an die Handelsminister der 27 anderen EU-Länder bekräftigt, dass das EU-Kanada-Freihandelsabkommen (CETA) von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden müsse. Sollte es reine EU-Kompetenz bleiben, könne Österreich nicht zustimmen, schrieb Mitterlehner. (APA)



Die EU plant, CETA im Alleingang zu beschließen. (Foto: APA)

Gründerfonds an Zizoo beteiligt

Wien – Der staatliche aws Gründerfonds beteiligt sich an der Wiener Online-Bootsvermietung Zizoo. Mit an Bord sind noch die Mediengruppe Mairmont Ventures sowie die Voralberger Russmedia Digital und die deutsche Axel Springer sowie europäische und amerikanische Business Angels. (APA)

Lufthansa sondiert Eurowings-Ehe

Frankfurt – Die AUA-Mutter Lufthansa könnte künftig nach Aussagen von Konzernchef Carsten Spohr ihre Billigfluchtöcher Eurowings mit einer anderen Fluglinie fusionieren. Es gebe einige Möglichkeiten, um Eurowings möglichst schnell auf eine kritische Größe zu führen, sagte Spohr. (APA, dpa)

Verurteilungen im Libor-Skandal

London – Ein Londoner Gericht hat drei ehemalige Händler der britischen Großbank Barclays der Manipulation des Referenzzinssatzes Libor schuldig gesprochen. Das Trio habe am Zinssatz gedreht, von dem Finanztransaktionen in Höhe von 404 Billionen Euro abhängen, befanden die Geschworenen. (APA)

Milch-Engpass in Russland

Moskau – Wegen der jüngst verlängerten EU-Sanktionen und des russischen Einfuhrverbots für westliche Lebensmittel ist Milch Mangelware in Russland, zeigt eine Studie des Instituts für Agrarmarktstudien in Moskau. Acht Millionen Tonnen zu wenig waren es der Schätzung nach im vergangenen Jahr. (APA)